



FRUTIGEN / BOGOTÁ Michelle Zumofen berichtet aus Kolumbien (letzter Teil)

Neutralität inmitten des Konfliktes

Michelle Zumofen ist in Frutigen aufgewachsen und hat in Bern Sozialanthropologie und internationales Recht studiert. Die 33-Jährige lebt seit Ende Juni 2010 für ein Jahr in der kolumbianischen Hauptstadt Bogotá und arbeitet bei Peace Brigades International (PBI). PBI begleitet die Friedensgemeinde von San José de Apartadó seit mehreren Jahren im Kampf gegen die Verletzung von Menschenrechten.

Seit mehr als einem halben Jahrhundert herrschen in weiten Teilen Kolumbiens bürgerkriegsähnliche Zustände. Täglich finden bis heute Kämpfe zwischen den diversen bewaffneten Gruppierungen statt: zwischen Militärs, paramilitärischen Einheiten, Guerilla und kriminellen Banden, die sich um Bodenschätze oder den Zugang zu Handelsrouten im Drogenkrieg streiten. Leidtragende dieser oft äusserst brutalen Auseinandersetzungen waren und sind meistens die Angehörigen der Zivilgesellschaft: Bauern, Indigene, Afrokolumbianer, Frauen und Kinder, die immer wieder aus ihren Dörfern vertrieben werden und Bedrohungen und Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt sind.

Dass es aber auch viele Menschen gibt, die sich gegen den Kampf in ihrem Land zur Wehr setzen und sich nicht in die Kampfhandlungen hineinziehen lassen wollen, zeigen die Bewohnerinnen und Bewohner der Friedensgemeinde von San José de Apartadó, einer kleinen Gemeinde mit zirka 1300 Einwohnern in der Region Urabá im Nordwesten Kolumbiens. Urabá liegt im strategisch wichtigen Grenzgebiet zu Panama (interozeanischer Kanal und Panamericana-Strasse), das Land ist fruchtbar, landwirtschaftlich wertvoll (Bananen, Kakao) und reich an Bodenschätzen (Öl, Erze, Kohle, Gold). Wegen seines Reichtums und seiner strategischen Lage ist die Region seit 40 Jahren Schauplatz eines blutigen Konfliktes zwischen den verschiedenen Kriegsparteien. Die lokale Bevölkerung ist grösstenteils geflohen, um das eigene Leben zu retten. Die Bewohnerinnen und Bewohner der Friedensgemeinde von San José aber haben sich nicht vertreiben lassen: Sie haben sich zusammengeschlossen und sich als im Krieg neutral erklärt – und haben mit ihrem Beispiel des gewaltlosen Widerstandes in einem vom Krieg geprägten Land internationale Anerkennung gewonnen.

Leben zwischen den Fronten

«In Kolumbien wird nicht zwischen bewaffneten Kämpfern und Zivilisten unterschieden. Doch wir wollen nicht in den bewaffneten Konflikt miteinbezogen werden, und so haben wir die Region, in der wir leben, zum neutralen Territorium erklärt.» Dies gab der Gemeindeglieder Alfonso Rubio am 23. März 1997 bekannt, dem Gründungstag der Friedensgemeinde von San José de Apartadó. Seither ist diese zum Beispiel für viele weitere Gemeinden geworden, und inzwischen gibt es rund 20 Friedensgemeinden oder Widerstandsdörfer in Kolumbien. Wie die bekannteste der Friedensgemeinden, diejenige von San José de Apartadó, fordern auch die anderen Gemeinden ihr Recht ein, als Zivilpersonen respektiert und nicht in den bewaffneten Konflikt miteinbezogen zu werden.

In den umkämpften Regionen Kolumbiens ist es aber kaum möglich, sich aus dem Konflikt herauszuhalten. Die Guerilla verlangt genauso wie die Armee und Paramilitärs von der Zivilbevölkerung Gefolgschaft, und sie fordern diese oft mit Waffengewalt ein. So wird von Zivilisten beispielsweise gefordert, Botendienste zu erledigen, Lebensmittel zur Verfügung zu stellen oder Informationen zu liefern. Wer für die eine Seite liefert, gilt für die andere Seite als Kollaborateur und damit als militärisches Ziel, welches es zu bekämpfen und gebe-



Die Bewohner der Friedensgemeinde gedenken ihrer Opfer, bei Protestmärschen und symbolischen Gedenkfeiern.

BILDER MICHELLE ZUMOFEN

nenfalls zu ermorden gilt. In Kolumbien verfahren staatliche Ordnungsmächte, Paramilitärs und die Guerilla seit Jahren nach dem Motto «wer nicht für uns ist, ist gegen uns».

Selbstbestimmt in Frieden leben

Dieser perversen Logik des internen bewaffneten Krieges versuchen sich die Friedensgemeinden in Kolumbien zu widersetzen, sie wollen selbstbestimmt ihren eigenen Weg gehen und in Frieden leben. Dies gilt als Neuheit in einem Land, in dem es nur ein Für oder Gegen die jeweiligen Kriegsparteien gibt, aber keinen Weg dazwischen, und vor allem keinen Raum für den zivilen und gewaltfreien Widerstand gegen den Krieg. Doch genau diesen Raum fordern die Friedensgemeinden oder Widerstandsdörfer in Kolumbien für sich ein. Sie markieren die Grenzen ihres Territoriums deutlich mit Hinweisschildern mit der Aufschrift «Friedensgemeinde» oder «humanitäre Zone» und fordern damit von den bewaffneten Akteuren, das Territorium nicht zu betreten. Dabei berufen sie sich auf das internationale Völkerrecht, aber auch auf die kolumbianische Verfassung sowie die Genfer Konventionen des humanitären Völkerrechtes, welche einerseits das Recht auf Frieden und die Förderung von Frieden als Aufgabe des Staates festlegen,

und ihnen andererseits das Recht zusteht, als Zivilbevölkerung aus allen Kampfhandlungen herausgehalten und als Zivilisten respektiert zu werden. Jedoch halten sich weder die staatlichen Akteure wie Militär und Polizei noch die paramilitärischen Verbände oder Guerillaorganisationen an diese national wie international verbrieften Rechte. Daraus ergibt sich für die Bewohnerinnen und Bewohner der Friedensgemeinden, wie derjenigen von San José de Apartadó, eine gefährliche Situation, und sie werden stets wieder in Kampfhandlungen miteinbezogen.

Widerstand kostet seinen Preis

Seit sich das Dorf 1997 als Friedensgemeinde deklariert hat, bezahlen die Einwohner von San José einen hohen Preis für den (vermeintlichen) Frieden. Seit seiner Gründung wurden über 180 Einwohnerinnen und Einwohner aus San José durch Angehörige des staatlichen Militärs, paramilitärischer Gruppen oder der Guerilla ermordet. Es gab elf Massaker und zahlreiche selektive Morde. Zeugen, die aussagten, waren jeweils die nächsten Opfer. Allein im Jahr 2004 gab es 530 Übergriffe (Morde, Vergewaltigungen, Raub, Drohungen, falsche Beschuldigungen). Beim letzten Massaker 2005 wurden acht Bewohner, der Spre-

cher der Gemeinde Luis Eduardo Guerra, seine Lebensgefährtin und sein elfjähriger Sohn, aufgeschlitzt und zerstückelt. Auch der Friedensaktivist Alfonso Tubercuía, dessen Ehefrau und ihre beiden Kleinkinder wurden ermordet. Im Jahr 2007 wurde San José de Apartadó mit dem Aachener Friedenspreis ausgezeichnet. Kurze Zeit nach Bekanntgabe der Auszeichnung wurden zwei Repräsentanten der Friedensgemeinde ermordet. Viele der Opfer, welche im Friedensdorf bisher zu beklagen sind, trugen Verstümmelungen und Anzeichen von Folter. Gemäss der Friedensgemeinde ist der Staat in mehr als 90 Prozent der Fälle verantwortlich. Dies und die anhaltende Straflosigkeit und passive Haltung des Staates bei der juristischen Aufarbeitung der Fälle sind die Gründe, weshalb sich die Friedensgemeinde sowie die umliegenden und zur Friedensgemeinde gehörenden Weiler entschieden haben, bis auf Weiteres den Dialog mit dem Staat abzubrechen. Die Mitglieder der Friedensgemeinde wehren sich jedoch weiterhin dagegen, in den bewaffneten Konflikt einbezogen zu werden und kämpfen dafür, dass die über 750 Verbrechen gegen die Menschlichkeit, welche sie denunziert haben, nicht unbestraft bleiben. Ausserdem haben sich die Bewohnerinnen und Bewohner von San

José klare Regeln gegeben, um ihr Dorfleben inmitten einer Kriegsregion als so sicher wie möglich zu gestalten und ihre Glaubwürdigkeit gegen aussen zu bewahren: So ist beispielsweise der Alkoholkonsum in San José verboten, ebenso der Besitz und das Tragen von Waffen. Verboten ist ebenfalls, Informationen an bewaffnete Akteure – staatliche Streitkräfte und Polizei – weiterzugeben. Und ihr Modell zeigt, trotz all den täglichen Schwierigkeiten, mit denen sie zu kämpfen haben, Erfolg: Denn seit mehreren Jahren wurde kein direktes Mitglied der Friedensgemeinde mehr Opfer von Gewalttaten.

Vorbild für das ganze Land?

Doch sind es nicht nur diese strengen Gemeinschaftsregeln und der beharrliche Kampf gegen die Einbeziehung in den bewaffneten Konflikt, welche dem Friedensdorf von San José nationale wie internationale Anerkennung eingebracht haben. Ihre umweltfreundlichen Anbaumethoden, die nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen, das gemeinsame und solidarische Arbeiten auf den Gemeindefeldern oder ihre basisdemokratischen Entscheidungsstrukturen beeindruckten selbst viele Kolumbianerinnen und Kolumbianer, die von diesem Projekt des gewaltfreien Widerstandes inmitten einer vom bewaffneten Konflikt geprägten Region hören. Und wer weiss, vielleicht wird die Lebensweise des kleinen Friedensdorfes von San José ja eines Tages zum Vorbild und Lebensmodell für das ganze Land. Denn sollte der bewaffnete Konflikt eines Tages enden, werden zivilgesellschaftliche Strukturen gefragt sein. Ein Leben ohne Konflikt, ohne Gewalt, ist für den Grossteil der kolumbianischen Gesellschaft aber zur Zeit (noch) kaum vorstellbar, denn seit dem «Bogotazo» von 1948 ist das an natürlichen Ressourcen und Rohstoffen reiche Land vom Konflikt geprägt. Frieden muss wieder neu gelernt werden. Und sollte der Frieden einmal Realität werden, ist zu hoffen, dass die kolumbianische Gesellschaft dem Beispiel des Friedensdorfes von San José folgen wird. MICHELLE ZUMOFEN



Der Eingang zur Friedensgemeinde ist klar gekennzeichnet. Weder das Tragen von Waffen noch die Kooperation mit bewaffneten Kriegsparteien sind im Friedensdorf erlaubt.

Mehr Infos über die Friedensgemeinde von San José de Apartadó unter www.cdpsanjose.org, www.javiergiraldito.org und http://www.kolkolko.de/downloads/kolkolko_friedensgemeinden_kolumbien.pdf.